

Die belgischen Zeitungen berichten die Rede Molotows in großer Aufmachung und in langen Auszügen. In den Schlagzeilen kommt zum Ausdruck, daß die Erklärungen Molotows in Belgien richtig verstanden wurden. „Libre Belgique“ übermittelte ihre Befürchtung mit der Botschaftsbericht: „Molotow sagt England als den Angreifer an.“ Ja der „Nation Belge“ heißt es: „Molotow willt Frankreich und England vor, den Feinden zu versetzen.“ Die „Gazette“ schreibt: „Molotow beschuldigt Frankreich und England, einen unruhigen und verbrecherischen Krieg zu führen.“

Freie Bahn für Einigung Polen-Moskau

In den politischen Kreisen Polens ist man von der Erfolgschance und Weitheit der Rede Molotows sehr beeindruckt. Es wird allgemein bestrebt, daß er den Freizeiten Englands und Frankreichs eine scharfe Absage erteilt habe, und jetzt freie Bahn für eine schriftliche Verständigung zwischen Polen und Russland geschaffen werden sei.

In der gesamten japanischen Presse ist die Rede Molotows groß aufmerksam worden. In Schlagzeilen steht: „Toljo-Maht Schimpo“ berichtet, daß die „Kriegspräide Englands und Frankreichs höchst lächerlich“ seien. Die Zeitung „Tschugai Schimpo“ weist auf die Botschaft Moskaus zu Verhandlungen mit Japan hin. „Aljalo Schimpo“ unterstreicht, daß „England und Frankreich den Krieg grundlos verlängern würden.“

Unland zu den Verhandlungen mit Moskau

Wie in finalen militärischen Kreisen verlautet, haben die Erklärungen Molotows über Russlands Vorstöße am Rande eine neue Laxe geöffnet. Das künftige Lukomirskoje-Klimatum teilt mit: Russland habe ohne äußeren Einfluß alles mögliche getan, um eine Lösung zu finden, wobei die russischen Interessen in bezug auf die Sicherheit Sennengrads beachtet werden. Russland verläßt sich darauf, daß die Sowjetunion bis Ende 1935 nichts sei.

Sowjetpresse unterstreicht Freundschaft zu Deutschland

Die Rede des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare und Außenministers Molotow bedeutet die gesamte Sonderpresse. Am ersten Aufmaching und in allen Zeitungen erscheint sie im Vorlauf. Daraus bringen die Blätter eine Reihe von Artikeln und Stellungsbildern zur Sichtung des Obersten Sozialrates.

„Rauwa“ gibt unter der Überschrift „Der Triumph der 129 Millionen“ einen Überblick über die hauptsächlichen Punkte der Molotowrede. Sie stellt das erneute Versprechen der Sonderregierung zur Politik der Freundschaft mit dem Deutschen Reich als den eigentlichen Wendepunkt der längsten Geschichte Europas dabei in den Vordergrund und betont, daß die Molotowrede eine eindeutige Verurteilung der Kriegspolitik der Weltmächte bedeute.

„Rauwa“ betont: Mit „üblichem Sachverständis“ habe der sowjetische Regierungschef die wahren Kriegerziele der Weltmächte entlarvt, die — unter der „demokratischen“ Maske und unter der verbrecherischen Förmung einer „Bewaffnung des Friedens“ — nichts anderes erstreben als die Weltherrschaft und die ungemeine Ausdeutung ihrer gewaltigen Kolonialmacht.

Türkei unterschlägt wichtige Stellen der Molotow-Rede

Die Rede Molotows ist von der Anatolischen Agentur in Istanbul blättert nur zur Hölle an die türkische Presse übermittelt worden. Die Agentur hat den Teil der Rede, in dem aus von der Türkei gesprochen wird, in ihrem Dienst nicht ausgetragen.

Deutsch-sowjetische Wirtschaftsverhandlungen im wesentlichen abgeschlossen

Die deutsch-sowjetischen Wirtschaftsverhandlungen in Moskau sind nunmehr auf den wesentlichen Warenaustausch zum Abschluß gekommen.

Ein Teil der deutschen Unterhändler in Moskau begibt sich jetzt für einige Tage nach Berlin, um an den Verhandlungen teilzunehmen, die, wie bereits gemeldet, in Verbindung einer Kommission der Sowjetregierung und der deutschen Regierung über größere industrielle Bestellungen der Sowjetunion stattfinden.

Nach Abschluß dieser Verhandlungen werden sich die deutschen Unterhändler zum Abschluß der Gesamtverhandlungen wieder nach Moskau aufzufinden.

Außenpolitische Rede des türkischen Staatspräsidenten

Schließlich der letzten Verhandlungen mit Moskau zugegeben. Anlässlich der Eröffnung der Winterfession der Großen türkischen Nationalversammlung hielt Staatspräsident Kemal Anönü in Ankara eine außenpolitische Rede. Er lädt u. a. aus: Das türkische Volk forderte einst, daß in einem Teil Europas ein Krieg epischandet sei. Die Türkei habe angeholt dessen nur den einen Wunsch, dem Frieden zu dienen und ihre eigene Unverletzlichkeit zu sichern. Aus diesem Wunsch sei der Wahl der Türkei mit England und Frankreich entstanden. Dieser Wahl, der nun der Nationalversammlung zur Ratifizierung vorgelegt werde, richte sich gegen keinen anderen Staat. Er bezwecke nur die Erhaltung der türkischen Sicherheit in jenen Gebieten, die im Wahl erwähnt sind. Der Friedenswill eines jeden Landes beruhe auf bestimmten Bindungen, den Lebensinteressen und der geographischen Lage des Landes. Unter diesen Voraussetzungen habe die Türkei den Wahl geschlossen. Nur dann werde die Wahl in Anerkennung kommen, wenn von irgendeiner Seite diese berechneten Lebensinteressen der Türkei angetroffen würden. Der Wahl kommt keinesfalls die guten Besiedelungen der Türkei zu anderen Staaten fören (?). Heute und auch morgen sei es der ernsteste Wunsch der Türkei, sich vom gegenwärtigen Krieg fernzuhalten.

Ueber die Million des türkischen Außenministers in Moskau sagte Anönü, die Türkei habe gebüsst, daß die an und für sich schon freundliche und aufrichtige Beziehungen zu Russland in einer noch günstigeren Entwicklung hätten gebracht werden können. Trotz aller Mühe, die man als von türkischer Seite gegeben habe, sei es dieses Mal leider nicht möglich geworden, zu einem Konsens zu kommen, durch das sich die Amerikalen der Türkei mit denen der Sowjetunion hätten vereinigen lassen. Die Besonderheiten der Lage der Gegenwart dürften aber die alte Freundschaft zu Russland nicht beeinträchtigen. Was die Türkei anbelange, so werde sie nach wie vor in Aufrichtigkeit diese Freundschaft weiter pflegen. Wer der Türkei loyal begegne, könne die gleiche Loyalität auch von ihr erwarten.

Verstärkung der USA-Wehrmasch

Basische Ausgaben von 275 Millionen Dollar — Bau einer neuen Marineschule

Moskau teilte in einer Pressekonferenz mit, er habe dem Budgetausschuß des Unterhauses einen Nachtragsteil für das laufende Klasssjahr überwiesen. Es handelt sich dabei um zusätzliche Ausgaben in Höhe von 275 Millionen Dollar.

Die infolge Roosevelt's Verordnung vom 8. September zum Schutz der amerikanischen Neutralität erforderlich wurden. Das Geld wurde benötigt für Verschärfungen des Mannschaftsbestandes in Armee, Marine, Küstenwache und Marinestaffete sowie zur Ansstellung weiterer Geheimagenten im Justizministerium.

Wie Roosevelt weiter mitteilte, ist die Bundesradioüberbrücke zur Zeit damit beschäftigt, bei den rund 51.000 bewilligt zugelassenen Amateur-Radiosendern festzustellen, ob sie nicht eine unneutrale Arbeit für kriegsführende Regierungen leisten.

Roosevelt deutete an, daß die amerikanische Flotte weiter ausgebaut werden sollte. Er schlug vor, neben der Marineschule San Pedro im Süden der Pazifikküste und dem Flottenstützpunkt Puget Sound im Norden eine weitere Marineschule in San Francisco zu errichten.

Führer und Deutschland sind eins!

Reichsminister Dr. Frick vor der Danziger Bevölkerung

Reichsminister Dr. Frick sprach im Saal des Friedrich-Wilhelm-Schlosshauses in Danzig zur Danziger Bevölkerung über den deutschen Abwehrkampf und warnt in großen Zügen die bevorstehenden Aufgaben.

Der Reichsminister sprach von dem geforderten Deutschland eins und von dem mächtigen, blühenden Deutschland, das der Führer geschaffen habe und das mit der stärksten Wehrmacht der Welt seine Ehre und seine Grenzen schützt und sein Lebendrecht verteidige. Danzig habe auf seinem Posten diesen Stempel mitgetragen. Stolz stehe am Deutschland vor dem Erreichten. Das alles aber habe allein der Führer geschaffen, und als Voraussetzung für das Gelingen schreibt er als vorbehaltlos Gut die wahre Volksgemeinschaft. Jeder Volksgenosse müsse dazu beitragen, daß dieses Gut erhalten bleibe, dann könne Deutschland jeder drohenden Gefahr entgegenstehen. Die Reichsverteidigung werde dafür sorgen, daß das geliebte deutsche Volk dazu beitrage, die lebenswichtigen Aufgaben des Reiches zu lösen.

Dr. Frick wies dann auf die läufigen Versuche hin, daß deutsche Volk gegen seinen Führer aufzutreten, und stellte unter dem Rütteln seines Fests der Danziger fest: „Wir haben Gott und Deut einen Führer, der wie noch nie ein anderer im deutschen Volk selbst das deutsche Volk verlor. Der Führer und Deutschland sind eins!“

Was die anderen haben wollten, so schloß Reichsminister Dr. Frick seine Rede, das sollten sie haben. Was wir aber an unserer Wehrmacht hätten, das hätten wir in diesen letzten Wochen erleben dürfen. Wie die anderen kämpfen würden, müßten wir nicht; aber wenn wir den Krieg führen, dann würden wir ihn so führen, wie wir auch den Feldzug im Orient geführt haben. Den Führer besiegt ein faulernder Wille, der Wille, niemals zu kämpfen zu wollen. Dem deutschen Volke aber sei kein Opfer zu groß. Niemand könne ihm den Sieg entreißen.

Reichspostdirektion Danzig

Das Amtsblatt des Reichspostministeriums veröffentlicht eine Verordnung zur Überleitung der Post- und Telegraphenverwaltung der bisherigen Freien Stadt Danzig auf das Deutsche Reich (Reichspost). Danach wird das Post-, Telegraphen- und Fernsprechwesen der bisherigen Freien Stadt Danzig in die Reichspostverwaltung eingegliedert, und zwar führt die Landespostdirektion Danzig fortan die Bezeichnung „Reichspostdirektion“.

Baltendeutsche für den Wartheland

Die Umstädtsaktion wird tatsächlich vorangestellt

Am Anfang der großflächigen Umstädtsaktion der Baltendeutschen nach dem Reich treffen in diesen Tagen auch im neu gebildeten Wartheland mehrere Transporte von Baltendeutschen ein. Die Stadt Posen hat bereits seit Tagen für einen würdigen Empfang der baltendeutschen Brüder gesorgt, die auch hier von der NSB in die erste Obhut genommen werden.

Dr. Goebbels besuchte Warschau

Reichsminister Dr. Goebbels traf auf seiner Reise durch die belgischen Provinzen von Lüttich kommend in Warschau ein. Hier ließ er sich von Distriktschef Dr. Ludwig Fischer berichten über die Lage in der Stadt erstaunten. Er bestätigte dann Warschau, insbesondere die Rundfunk und das Schloss Belvedere. Am Nachmittag trafen Reichsminister Dr. Goebbels nach Berlin zurück.

Aus unserer Heimat.

(Nachricht des Volksberichts, auch auszugsweise, verlesen.)

Wilsdruff, am 2. November 1930.

Spruch des Tages

Vollkommenheit ist den Menschen in nichts beschrieben. Allein das Bewußtsein unserer Unvollkommenheit darf uns nicht abhalten, Ideale anzusteuern, damit edle, von Ehrgeiß und Weitblick besetzte Geiste ihnen nahekommen, wenn sie sie auch nicht ganz erreichen können.

Friedrich der Große.

Jubiläen und Gedenktage

3. November:

1700: Sieg Friedrichs des Großen bei Torgau. — 1918: Beginn der roten Revolte in Deutschland mit dem Aufstand der Matrosen in Kiel; Bildung von Arbeiter- und Soldatenräten.

Sonne und Mond:

3. November: S.-A. 638, S.-II. 16.28; R.-II. 12.26, R.-I. 22.04

Gewaffnete Herzen

Ein Schwert ist das Symbol des Kampfes: Den Sieg in dem uns ausgeworungenen Kampf aber können wir nur erringen, wenn wir alle an diesem Kampf teilhaben. Darum haben wir diesmal unter Opfer für die Volksgemeinschaft unter das Zepter des Schwertes gestellt, um damit vor aller Welt zu besunden, daß und jener kämpferische Geist besteht, der von alterher als Tugend der Germanen gepriesen wird, und daß man diesen Geist in uns niemals wieder niederzwingen kann.

Dazu gehört, daß wir unsere Herzen waffen, daß wir hart werden und uns in jeder Stunde bewußt sind, daß wir nicht uns selbst gehören, sondern allein dem Vaterland. Wer sein Herz im rechten Geist gewaschen hat, den werden die kleinen Unzulänglichkeiten und Unzwecklichkeiten des Alltags nicht fören. Er wird immer bereit sein, Unvermeidbares mit Gelassenheit auf sich zu nehmen, und wird den Blick auf das große Ganze wenden. Dieses Voraussetzen ist es, was den Kämpfer auszeichnet. Er träumt nicht Vergangenem nach, will nicht eine falsche Gegenwart, sondern allein die Sicherung der Zukunft.

Wir wissen genau, daß unsre Generation ein hartes Los auferlegt worden ist, daß sie immer und immer wieder kämpfen muß, aber wir erkennen zugleich auch die Notwendigkeit alles Gelehrten und wollen würdig sein der großen Aufgaben, die uns das Schicksal gestellt hat. Wer so immer an das große Ganze zu denken vermag, und sich immer nur als ein Mitglied der Gemeinschaft empfindet, hat wahrlich sein Herz im rechten Geist gewaschen.

Westpreußen im Reichsgau Danzig

Am großen Samstag der Marienburg erfolgte am Mittwoch die letzliche Übernahme der bisher zu Ostpreußen gehörigen Regierungsbezirke Marienwerder, durch Gauleiter und Oberpräsidenten Koch an den Gauleiter und Reichsstatthalter Horster. Damit wurde die vorzeitige und staatspolitische Einverleibung dieses Gebietes in den Raum der NSDAP und in den Reichsgau Danzig vollzogen. Zwanzig Jahre lang sind die Kreise Elbing-Stadt und Land, Marienwerder, Rosenberg und Suden von der Provinz Ostpreußen verwaltet worden. Als Regierungsbezirk Westpreußen wahrten sie die Tradition der zerstörten und geraubten alten preußischen Provinz.

Als Regierungspräsident des ehemaligen Regierungsbezirks Westpreußen und ehemaligen Regierungsbezirk Marienwerder verabschiedete sich 44. Oberländer von seinem Amt als Gauleiter und Oberpräsidenten. Nun übernahm Gauleiter Koch den bisherigen Regierungsbezirk Westpreußen.

Zwanzig Jahre lang ist dieser Teil der Provinz Westpreußen, der jetzt in den Reichsgau Danzig hineinfällt, mit der Provinz Ostpreußen verbunden gewesen. Gauleiter Koch habe seit elf Jahren keine eigene Energie eingesetzt, um dieses Land für den Nationalsozialismus zu gewinnen. Auch was wirtschaftlich hier errungen sei, sei das Werk des Gauleiters Koch, daß auch die fünf neuen Kreise mitarbeiten an der großen Aufgabe, die der Führer gestellt habe, das alte deutsche westpreußische Land wieder rechtzeitig zu machen und zu deutscher Blüte zu führen. Ein besonderes Wort wünsche der Reichsstatthalter der Marienburg. Das Ordensschloß sei nicht die Burg des Reichsgaues Danzig oder die Burg der Provinz Ostpreußen. Es sei die Burg des deutschen Ostens und werde dies ewig bleiben.

Telegrammwchsel zwischen dem Führer und den Gauleitern Koch und Horster

Die Gauleiter Koch und Horster haben nachliegenden Telegramm an den Führer gerichtet:

Mein Führer, machen Sie Ostpreußen und Danzig die Freiheit und Verbindung mit dem Reich wiedergegeben und den Korridor beseitigt haben, sind die berüchtigten Vertreter Ost- und Westpreußens heute im großen Kreis der Marienburg zusammengekommen. Durch Ihren Willen und die ruhigen Kämpfe Ihrer Truppen kann die alte deutsche Provinz Westpreußen wieder neu erobert werden. Die Kreise Elbing, Marienburg, Suden, Rosenberg, die als Reste des Kaiserreiches gebliebenen Teile des Reiches wieder vereint unter Ihrer Schirmherrschaft einem neuen Reichsgau geben darf. Die Bevölkerung des deutschen Ostens und ihres Reichs vereinigt mit dem Reich durch das Gelöbnis unsterblicher Gesellschaft und unwandelbarer Treue.

Erich Koch, Gauleiter.
Albert Horster, Gauleiter.

Der Führer hat hierauf wie folgt geantwortet: Den im Großen Kreis der Marienburg veranschafften Vertretern Ost- und Westpreußens dankt ich für die mir telegraphisch übermittelten Vereinigungen. Ich erwähne sie herzlich in der zuverlässlichen Hoffnung, daß sie mit dem Reich nunmehr wieder vereinigte deutsche Provinz Westpreußen als Reichsgau Danzig zusammen mit den übrigen Säulen des deutschen Ostens einer solchen und glücklichen Zukunft entgegengeht.

Adolf Hitler.

Dr. Frick in Posen

Der Wartheland feiert seine Befreiung.

Die Stadt Posen stand schon am Mittwoch ganz im Zeichen der freudvollen Erwartung der Freuden, mit denen der Wartheland in den kommenden Tagen seine Befreiung von der polnischen Fremdherrschaft begibt. Reichsminister Dr. Frick trat am Nachmittag in Posen ein. Stadt und Land prangen im Schmuck der Freuden das nationalliberalistische Deutschland, und über allem steht das Siegerkreuz des Deutschen Reiches gegenüber dem Führer, der sie wieder heimleben läßt ins Reich, dem sie nun nach zwei Jahrzehnten schwerster Prüfung und Bewährung für immer angehören sollen.

Die Abschaffung ersterer Lohnsätze

Nach einer Erklärung der Verordnung über die Abschaffung ersterer Lohnsätze in der „Deutschen Steuerzeitung“ sind öffentlich-rechtliche Körperschaften, privatrechtliche Gesellschaften des bürgerlichen Rechts usw. abschaffungspflichtig, wenn sie im Sinne des Lohnvertragsrechts Arbeitsgebiete sind. Von der persönlichen Abschaffungspflicht sind zunächst ausgenommen Reich, Länder und Gemeinden sowie die NSDAP. Ihre Bildungen und angehörenden Verbände. Diese Ausnahme beruht auf der Erwagung, daß dort erzielte Lohnsparnisse ohne weiteres der Allgemeindheit zugute kommen. Ausgenommen sind weiter die Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe. Schließlich sind Arbeitgeber ausgenommen, die nicht mehr als ihres Arbeitnehmers dienen.

Bei der Abschaffungspflicht wird unterschieden zwischen Lohnsparnissen, die auf der Belebung gewisser Lohnzulagen beruhen, und Lohnzulagen, die durch Entlastung überhöhter Löhne erzielt werden. Während der Arbeitgeber im ersten Falle die erzielten Lohnzulagen an das Anteilamt abzuführen hat, trifft die Abschaffungspflicht von den überhöhten Löhnen erst dann und nur insofern in Kraft, als die Unternehmer der Arbeit entsprechende Mahnungen ergreifen haben. Voraussetzung für den Wegfall der Abschaffungspflicht ist, daß die Lohnsparnisse nach den Weisungen des Reichskommissars für die Preisbildung zu einer Preisfestsetzung verwendet werden.

Hilfsveränderungen für die Abschaffung des Handwerks. Durch eine Verordnung des Reichsarbeitsschutzes kann ein zur Wehrmacht einberufen Handwerker die Lohnversicherung mit Rücksicht auf seine Lohnversicherung noch bis Ende Dezember 1939 mit der Rückwirkung ab 1. Januar 1939 beantragen. Nach dem bisherigen Recht war die Frist am 1. Oktober abgelaufen. Auch die Fristen für die Annahme eines vor dem 1. Juli gestellten Antrags auf Abschaffung einer Lohnversicherung und für die Anpassung eines Lohnvertragsvertrages werden bis zum 31. Dezember 1939 verlängert.

Rentenempfänger, bei Einberufung die Angehörigen bestimmt! Wie das Oberkommando der Wehrmacht bestimmt, sind Rentenempfänger, die aus der Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung durch die Sozialzialen monatlich eine Rente beziehen, daran hinzuwiesen, daß sie ihren Angehörigen Vollmachten für den Empfang der Rente auszufüllen haben, wenn sie selbst zur Wehrmacht einberufen sind oder werden. Sobald ein Rentenempfänger als gefallen bzw. tot, vermisst oder gefangen gemeldet wird, haben die Wehrmachtstellen diejenigen Vollmachten zu benachrichtigen, die den Angehörigen die Rente für den Rentenempfänger bisher gezahlt haben.